

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementspreis 75 Pfennig  
pro Quartal exkl. Postgebühren. Be-  
stellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 40 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro dreispaltige Beitzelle 20 Pf.,  
für Verbandangehörige 10 Pf.  
Prüfungsanzeigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr. 41.

Berlin, den 8. Oktober 1904.

20. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbands- vorstandes.

Das Bureau des Verbandsvorstandes sowie der Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ befindet sich immehrer in Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 40 I.

Wir ersuchen die Mitglieder, insbesondere die örtlichen Funktionäre, darauf zu achten, daß alle Sendungen, die den Verbandsvorstand betreffen, an den Vorsitzenden Emil Kloth, alle Geld- und Wertsendungen, sowie alle die Kassengeschäfte betreffenden Sendungen an den Kassenschreiber Eugen Haueisen und alle die Sendungen, die die Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ betreffen, an den Redakteur Georg Schmidt zu adressieren sind.

Bei ungenügend oder unrichtig adressierten Sendungen besteht die Gefahr, daß sie an den Absender wieder retour gegeben werden müssen.  
Der Verbandsvorstand.

## An die Mitglieder des Verbandes!

Nachdem der neue Vorstand gemäß dem Beschluß des Dresdener Verbandstages am 1. Oktober seine verantwortungsvolle Tätigkeit aufgenommen hat, drängt es uns, einige Worte an die Mitglieder zu richten. Wir sind uns dessen wohl bewußt, daß uns schwere Pflichten auferlegt sind, und daß es nicht zum geringsten von der Tätigkeit des Vorstandes abhängt, wie sich der Verband entwickelt, wie die wachsende Macht desselben in kluger und berechnender Weise zum Wohle der gesamten Kollegenschaft angewandt wird.

Es wird unser heißes Bemühen sein, die uns übertragenen Aufgaben in geschickter Weise auszuführen, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und alle Gebiete des öffentlichen Lebens in ihrer besonderen Wirkung auf unsere gesamten Berufsverhältnisse zu überwachen. Was würde unser guter Wille allein aber besagen gegenüber den uns gestellten Aufgaben, wenn wir nicht das Vertrauen unserer Mitglieder besäßen, wenn nicht durch wechselseitigem Austausch der Meinungen und Erfahrungen zwischen Mitgliedern und Vorstand erst diesem die Möglichkeit gewährt würde, auf dem weitverzweigten Gebiet seiner Tätigkeit die richtige Uebersicht zu gewinnen.

In dieser gemeinsamen Arbeit des Vorstandes mit den Mitgliedern liegt die Kraft und die weitere Entwicklung unserer Organisation begründet, und diese gemeinsame Arbeit zu wecken, zu fördern und zu einer fruchtbringenden zu machen, das soll die Hauptaufgabe des neuen Vorstandes sein, zu der wir die Mitwirkung und das Vertrauen aller Kollegen und Kolleginnen erbitten.  
Mit kolleg. Gruß

Der Verbandsvorstand.

## Lohnbewegungen.

Ueber die Lohnbewegungen in Grünstadt, Schw.-Gmünd und Göttingen, ferner über die der Goldschmittmacher und Lugschpapierarbeiter und Arbeiterinnen in Berlin orientieren die Versammlungsberichte.

Die Firma J. F. Dickel in Offenbach a. M. ist gesperrt.

In den Nürnberger und Fürther Kunstanstalten ist die Bewegung nun abgeschlossen. Es wird uns dazu geschrieben: Am 10. August teilte uns der Verein der Besitzer Chromolithographischer Anstalten von Nürnberg und Fürth mit, daß die 9stündige Arbeitszeit am 29. August in Nürnberg und Fürth zur Einführung gelangt. Auch unser Verbandsvorstand erhielt eine diesbezügliche Mitteilung. Die Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde ist nun auch überall glatt durchgeführt worden, wenigstens bei den Mitgliedern der Prinzipalsvereinigung. Die Firma Wolfrum u. Hauptmann, welche nicht dem Verein angehört, hat auf ein Schreiben unsererseits ebenfalls die 9stündige Arbeitszeit eingeführt. Nur bei der Firma Schemm, Kennwegstraße 4a, drohte es zu einem Streik zu kommen. Diese Firma, die ebenfalls der Prinzipalsvereinigung nicht angehört, hat auf unsere eingereichte Forderung überhaupt nicht geantwortet. Als dann ein Vertreter unserer Zahlstelle vorstellig wurde, erklärte ihm der Prokurist, er werde uns Bescheid zugehen lassen, wenn der Chef zurückkommt. Als nach 14 Tagen noch keine Antwort erfolgt war, wurde eine Kommission nochmals bei Herrn Schemm vorstellig, um den letzten Versuch zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes zu machen. Nun erklärte Herr Schemm der Kommission, wenn alle anderen Firmen die verkürzte Arbeitszeit eingeführt haben, wolle er allein sich auch nicht davon ausschließen. Und so wurde denn auch bei dieser Kunstanstalt die 9stündige Arbeitszeit eingeführt, wenn auch 14 Tage später als in den übrigen.

Die Arbeitszeit in den Lugschpapierfabriken wurde mit Hilfe des Verbandes schon um täglich eine Stunde verkürzt, das erste Mal 1896; die Löhne sind durch den Einfluß des Verbandes ebenfalls besser geworden. Eine prächtige Illustration zu dem Gerede Nichtorganisierter und leider auch verschiedener Organisierter: Wir haben ja doch nichts vom Verband. Leider muß aber konstatiert werden, daß eine größere Anzahl Arbeiterinnen unserem Verband schon wieder den Rücken gekehrt haben; manchen war der erhöhte Beitzag eine willkommene Ausrede dazu.

Auf dem Dresdener Verbandstage hat Kloth unserem Verbandsvorsitzenden Dietrich den Vorwurf gemacht, er sei nach Nürnberg zu der Bewegung gegangen, ohne eine Lohnerhöhung zu erlangen. Das ist nicht wahr. Die Kommission, bestehend aus Eberhard, Laier und Dietrich, hat nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch einen Minimallohn von 21 Mark verlangt, dazu war sie ja nach dem Beschluß der öffentlichen Versammlung verpflichtet. Wenn wir eine Lohnerhöhung nicht durchsetzen vermochten, so lag das an den damals gegebenen Verhältnissen. Auch Kloth hätte unter solchen Umständen eine Lohnerhöhung nicht durchsetzen

können. Das können nur diejenigen beurteilen, die über die ganze Situation informiert waren. Das Resultat der Bewegung hat auch gezeigt, daß es nicht immer vorteilhaft ist, unter allen Umständen einen Tarifvertrag abzuschließen mit den Unternehmern. Hätten wir diesmal einen solchen mit den Kunstanstaltsbesitzern abgeschlossen, vielleicht auf drei Jahre, dann hätten wir drei Jahre warten müssen, bis wir wieder erneut Forderungen hätten stellen können. So können wir nächstes Jahr das verlangen, was wir diesmal nicht erhalten haben, nämlich eine Lohnerhöhung.

Die Stuarbeiter in Halle a. S. haben ihre Lohnbewegung beendet. Es ist ihnen gelungen, auf dem Wege gütlicher Vereinbarung den größten Teil der in Nr. 38 unserer Zeitung abgedruckten Forderungen durchzusetzen. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 9½ Stunden, der Minimallohn für eingerichtete Stuarbeiter 35 Pf., für Ausgelernte im ersten Jahre 30 Pf. pro Stunde. Außerdem haben alle bei der Firma Hante beschäftigten Stuarbeiter, die schon bisher den Minimallohn und höher verdienten, einen Zuschlag von 2½ bis 5 Pf. pro Stunde erhalten. Die Nebenforderungen, so besonders die Besserung der sanitären Verhältnisse, sind gleichfalls bewilligt worden. Wenn auch nicht alles erreicht wurde, und namentlich ein tariflicher Abschluß nicht vollzogen werden konnte, so sind die beteiligten Kollegen doch mit dem Ergebnis im Augenblick zufriedenge stellt. Sie haben auf ganz leichte Weise einen Vorteil errungen, der die Gewähr bietet, daß auch für die Zukunft eine Verbesserung wohl durchzuführen ist.

Mögen die Kollegen, die zum größten Teil der Organisation noch nicht lange angehören, angesichts dieser durch den Verband erlangten Vorteile auch denselben treu bleiben, damit das Erreichte festgehalten wird und zu gelegentlicher Zeit ein Schritt weiter versucht werden kann. Der Erfolg verpflichtet. Es heißt jetzt nicht ruhen, sondern nach Weiterem streben. Dazu gehört aber Kreue gegen sich selbst und gegen die Organisation.

Zum Streik der Stuarbeiter und Arbeiterinnen in Leipzig ist zu berichten, daß die Situation nach wie vor unverändert ist. Die Zahl der Abreisenden vergrößert sich von Tag zu Tag, und der Rest der Ausständigen ist gewillt, geschlossen im Kampf zu verharren. Die im Laufe voriger Woche durch Vertreter des Buchbinderverbandes angebahnten Verhandlungen blieben bis jetzt erfolglos, doch steht zu erwarten, daß bei festem Zusammenhalt der Streikenden die Hartnäckigkeit der Stuarbeiter gebrochen wird und sich selbige zu Verhandlungen geneigt zeigen werden. Bis jetzt hofften die Prinzipale immer noch auf eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Darin sehen Sie sich nun gründlich getäuscht. Haben wir keinen Zuzug von auswärts zu verzeichnen, so muß in kürzester Zeit der Sieg unser sein.

Der Streik der Leipziger Stuarbeiter und Arbeiterinnen dauert unverändert fort.

Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

## Achtung, Luruspapierbrande!

In folgenden Berliner Firmen befinden sich die Kollegen und Kolleginnen im Ausstand resp. wird Streifarbeit angefertigt und sind dieselben infolgedessen als gesperrt zu betrachten und streng zu meiden:

Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 23; Böhme, Reichenbergerstr. 158; Finkenrat, Schleifische Straße 31; Schwertfeger, Reinickendorferstr. 54b; Hochstein u. Weinberg, Wasserthorstr. 50; Friedheim u. Lahne, Holzmarktstr. 53; Seine, Weinmeisterstr.; Griebnitz, Dragonerstr. 22; Rittelmann u. Wagner, Alexanderstr. 9; Pittauer u. Boylen, Skalitzerstr. 104; Seymann u. Schmidt, Schönhauser Allee 164/65; Sellriegel, Kochstr. 5; Stange, Beuthstr. 3; Sagelberg, Marienstr. 19-22; Grimm, Melchiorstr. 30.

## Nach dem Verbandstag.

### Unter neuen Verhältnissen.

Mit der größten Spannung sahen alle diejenigen Kollegen, welche ein reges Interesse an der Fortentwicklung unseres Verbandes nehmen, dem Verbandstag entgegen. Waren doch die zur Verhandlung kommenden Fragen für das gesamte Verbandsgefüge von überaus wichtiger Natur. — Nicht von prinzipieller Bedeutung, wie übereifrige Kollegen zu wissen glaubten. Es handelte sich dabei um die leidige Neutralitätsfrage, an der ich mich, weil die Diskussion darüber eine ganz offensichtlich persönliche Schärfe annahm, absichtlich nicht beteiligte. Von einer „Frage“ konnte dabei schon gar nicht die Rede sein — unser Statut hat jederzeit dem Charakter der religiösen und parteipolitischen Neutralität entsprochen. Konnte es sich mithin nur darum handeln, dem Verbandsstatut einen anderen Geist einzuhauchen, so hätten diesbezügliche positive Vorschläge gemacht werden müssen — es geschah nicht. Demnach wäre besser die ganze Debatte unterblieben.

Die sogenannten Neutralitätsgegner beschloßen eine Resolution für die Neutralität und forderten auf, die Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften als Gegenorganisationen zu bekämpfen. Von wem und wo ist das Gegenteil getan worden? „Die Buchb.-Ztg.“ und ihr Redakteur“ wird es im Chor erlöten. Das ist allerdings eine Gefühlsache, über die ein Streit immer erfolglos bleiben wird. Als Tatsachen allein wurden angeführt: die Beurteilung des Frankfurter Arbeiterkongresses, die persönliche, in einem anderen als unseren Verbandsorgan, geäußerte Ansicht unseres Redakteurs über die Maifeier und einige Stellen aus der in der „Buchb.-Ztg.“ gegebenen „Gewerkschaftlichen Umschau“. Ohne auf die Taktik gegenüber anderen Gewerkschaftsgruppen einzugehen, sei nur bemerkt, daß einige sozialdemokratische Parteiblätter den Frankfurter Arbeiterkongreß ebenso beurteilten, daß über die Frage der Maifeier sich selbst die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht in Übereinstimmung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei befindet, und daß endlich eine neutrale Gewerkschaft von ihrem Standpunkt aus alle Verstöße gegen die Neutralität in den gegnerischen sowohl als auch in der eigenen Gewerkschaftsgruppe kritisieren muß, wenn sie die Neutralität als Vorbedingung einer erfolgreichen, zur Einheitslichkeit führenden Gewerkschaftsbewegung ansieht. Es geht unter keinen Umständen, aus den gemachten Fehlern von gegnerischen Gewerkschaften die Pflicht abzuleiten, das Gleiche zu tun.

Man hat sich vor und auf dem Verbandstag über verschiedene Mitarbeiter an der „Buchb.-Ztg.“ entrißt, so vor allem über Fr. Imle. Sonderbar wie sich die Extreme berühren! In der gewerkschaftlichen Betätigung stand Fr. Imle den sogenannten „Radikalen“ am nächsten, hätte man das aber betont, dann wäre der gefühlsmäßige Appell an das Parteigewissen wirkungslos geblieben. Es soll aber hier einmal ausgesprochen werden, daß es nicht zu unseren Gepflogenheiten gehört, Personen, die uns gute Dienste geleistet, herabzusetzen. Daß Fr. Imle zu einer gegnerischen Organisation

übertreten würde, konnte nicht vorausgesehen werden. Jedenfalls hat sie während ihrer Mitgliedschaft bei uns unser Statut respektiert, indem sie ihre Ansichten betr. die Gründung einer Gewerkschaftspartei nicht propagierte, und sie hat im übrigen mit einer Aufopferung und Hingabe für den Verband gewirkt, die ich leider bei manchem ihrer „Kritiker“ vermißt habe. Die „Gewerkschaftliche Umschau“, die hauptsächlich von Fr. Imle geschrieben, hat — auch wenn man nicht, wie ich selbst, mit allem einverstanden war — jedenfalls in unseren Reihen das gewerkschaftliche Verständnis ganz bedeutend geweckt. So führe ich die konkreten Leistungen des Verbandstages, auf welchem die systematische Gewerkschaftsarbeit gegenüber den früheren Tagungen viel mehr in den Vordergrund trat, auf den Einfluß von Anregungen aus der „Buchb.-Ztg.“ zurück.

Schreiber dieses ist ebenfalls von verschiedenen Seiten apostrophiert worden. So wegen eines Artikels („Breite Bahnen“), der vor Jahren erschien und in welchem die Arbeiterschaft ermuntert wurde, auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Organisationen sich praktisch zur Verbesserung ihrer Lage zu betätigen und nicht ihre Kraft in theoretischen Haarspaltereien über politische Phantome oder über Formen und Arten der Organisationen zu vergeuden. Gehöhnt hat man darüber — entgegengesetzt hat man den Ausführungen nichts, aber mehr als ein Beweis ließe sich anführen, daß die Arbeiterschaft mehr und mehr auf diesen „breiten Bahnen“ wandelt. — Ein weiterer Artikel, der sich mit dem Resultat der vorjährigen Reichstagswahl befaßte, soll „wenig freundlich“ gegenüber der sozialdemokratischen Partei gehalten gewesen sein. Der betr. Artikel ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus geschrieben und enthält nichts, was ich als Sozialdemokrat nicht bereit wäre vor jedem Forum der Partei zu vertreten, ohne Gefahr zu laufen, auch mir den geringsten Tadel dafür zu ernten. Aber der Artikel enthielt: „Die Waffen sind im wirtschaftlichen Kampf nicht ungleich verteilt, sie werden nur ungleich gehandhabt.“ Diese Worte lassen im Zusammenhang keine andere Deutung zu als die, daß der Indifferentismus der Arbeiter die Schlagkraft im wirtschaftlichen Kampf hemmt und diesen daher zu einem ungleichen macht. Die Indifferenz zu durchbrechen ist unsere Aufgabe und liegt die Lösung dieser im Bereich der Möglichkeit. Je weniger wir in dieser Hinsicht tätig sind oder durch unproduktive Reibereien diese Aufgabe der Aufklärung vernachlässigen, desto mehr liegt die Schuld an uns. Die Beseitigung des Indifferentismus vorausgesetzt, sind die Arbeiter in der gleichen Macht wie die Unternehmer. Der Kritiker singt vermutlich auch: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, erschrickt jedoch, wenn er in anderen Worten ausgedrückt, eine sogar noch mildere Form des Macht- einflusses der Arbeiterorganisationen bezeichnend hört. Es ist aber auch denkbar, daß ein Gewerkschaftsblatt in die Lage kommt, einen „unfreundlichen“ Ton gegen eine politische Partei anzuschlagen. Erfordert es das Interesse einer Gewerkschaft, gegen eine politische Partei aufzutreten, so geschieht es eben. Zum Beispiel muß es da geschehen, wo eine Partei als Arbeitgeber oder Auftraggeber auftritt und den gewerkschaftlichen Anforderungen nicht entspricht, oder, wo eine Partei versucht, der Gewerkschaft Aufgaben zuzumuten, die außerhalb der gewerkschaftlichen Interessensphäre liegen. Da in all diesen Fragen Einmütigkeit in unseren Reihen herrscht, darf man wohl sagen, daß die ganze Zeitungsdebatte wie das Hornberger Schießen ausgelaufen ist. Die in der Resolution gegebene Nichtsahnur einzuhalten, wird dem Redakteur nicht schwer fallen. Die Haltung der Zeitung in unseren Tarif- und Lohnbewegungen ist vorzüglich gewesen. Das hat der Verbandstag anerkannt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auf einen Mangel in unserer Zeitung hinweisen. Wir sind eine Berufsorganisation und haben selbstverständlich ein Interesse daran, über die Organisationsverhältnisse unserer Arbeitgeber recht genau unterrichtet zu sein. Neben dem

Tariffkontrahenten, dem Prinzipalsverband, haben wir noch eine große Anzahl von Weitervereinigungen, von deren Bestrebungen und Maßnahmen die „Buchb.-Ztg.“ die Verbandsmitglieder besser unterrichten sollte. Vielfach findet man, daß die Innungen auf ihren Tagungen Gegenstände verhandeln, die eine kritische Würdigung in unserem Organ sehr wohl verdienen.

Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes hat auf dem Verbandstage eine gerechte Beurteilung gefunden. Die umfangreiche Debatte, die sich dem Geschäftsbericht angeschlossen, zeitigte manchen nicht unberechtigten Tadel. So die lächerhafte Ausführung des 1900 gefassten Beschlusses, über die gesundheitlichen Verhältnisse unserer Berufsangehörigen Erhebungen vorzunehmen. Goffentlich wird die in dieser Hinsicht geübte Kritik zur Folge haben, daß etwas vom neuer Vorstand geschieht, was dem Verlangen der Kollegenschaft entspricht. Es scheint mir der Erwägung wert, ob das zu sammelnde Material nicht durch Auskünfte von größeren Ortskrankenkassen zu ergänzen versucht würde.

Der Kritik über die laue Haltung des Verbandsvorstandes während der Tarifbewegung sowie bei Lohnbewegungen überhaupt ist kein Wort hinzuzufügen — es sei denn, daß man sagt, die Kritik war noch zu gelinde. Wer unsere Berufskollegen kennt, wird zugeben müssen, daß sie nicht zu den streiklustigen Arbeitern gehören und daß bei ihnen ein „Bremsen“ zu allererst nötig wäre. Dabei ist noch zu beachten, daß durch den Abschluß des Dreistädte-tarifs die Taktik bei Lohnbewegungen ohne weiteres vorgezeichnet ist und jede Abweichung davon, bevor nicht die äußersten Mittel angewandt wurden, uns mit Recht zum Borwurf gemacht werden kann.

Natürlich sind die Verbandskollegen ob dieser Verhältnisse nicht ohne Schuld. Auch sie hätten mehr Initiative zeigen müssen, namentlich in den drei Hauptstädten des Berufs. Schon nach dem ersten Tarifbeschlusse hatten diese Städte unbedingt die Pflicht, die erreichten Erfolge durch Ausbau der inneren Organisation zu festigen. Leipzig und Stuttgart hätten längst eine Person zur Erledigung der steigenden Anforderungen, die eine Tarifgemeinschaft mit sich bringt, frei stellen müssen. Wenn man schon nicht vorangehen wollte, so hätte man wenigstens nachahmen können. Den Beweis der Möglichkeit der Lokalbeamten hatte Berlin schon längst erbracht.

Schließlich muß noch bemerkt werden, daß seitens des Verbandsvorstandes nicht an die Innungen vereinigten Prinzipale herangetreten wurde zur Erlangung einer prinzipiellen Erklärung zu der Frage des Abschlusses korporativer Arbeitsverträge. Die Propaganda muß von uns auch nach dieser Seite hin betrieben werden.

Die ganzen Aussetzungen an dem Geschäftsbericht wurden glücklicherweise nicht gemacht, ohne auf die Ursachen der begangenen Fehler recht deutlich hinzuweisen. Man war sich konsequenterweise auch klar, für Einrichtungen zu sorgen, die für die Zukunft eine energiereichere Betätigung im Verfolg unserer gestellten Ziele garantieren. Die Verlegung des Verbandssitzes wird eine Besserung mit sich bringen, der Rücktritt des Kollegen Dietrich ist nicht zu beklagen — bei aller Anerkennung seiner dem Verband geleisteten Dienste sah man doch ein, daß seine Kräfte nachgelassen hatten. Die Unterschlebung von anderen Motiven bleibt ja in solchen Fällen nie aus. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Fortzahlung des Gehaltes an Kollegen Dietrich einstimmiger Beschluß war und selbst aus Mitgliederkreisen gegen diesen keine Stimme laut wurde.

Die beschlossene Unterteilung von Bezirksleitern dürfte sich sehr gut bewähren, indem Lohnbewegungen systematischer und umsichtiger geführt werden können. Nur dünkt mir deren „vorläufig“ in Aussicht genommene Zahl (allerdings braucht, weil kein Beschluß vorliegt, der Verbandsvorstand auf Meinungen aus der Diskussion keine Rücksicht zu nehmen) zu niedrig und das Ganze hinausgehen soll — zu groß. Hier ist Vorsicht durch entsprechende Bestimmungen des Verbandsvorstandes noch möglich. Je größer das

Gebiet und damit die Menge der Arbeit, desto oberflächlicher und dadurch erfolgloser wird die Tätigkeit sich gestalten. Als Sitz dieser Beamten ist vor allem eine Stadt zu bestimmen, in welcher die Zahl der organisationsfähigen BerufsKollegen am größten ist, unbeachtet darum, ob der Sitz in der Zentrale des betr. Bezirks liegt oder nicht. Einige Großen weniger Reisegeld nach einem Ort können den Vorteil der intensiveren täglichen Tätigkeit am Sitz nicht aufwiegen. Es wird auch notwendig sein, den Sitz, nachdem an einem Ort eine geeignete Zahlstelle geschaffen, nach einem anderen aussichtsvollen Platz zu verlegen. Weil die Frage des Sitzes des anzustellenden Beamten im Gau X (Rheinland-Westfalen) wohl in nächster Zeit recht viel umstritten werden wird, sei darauf hingewiesen, daß in diesem ganzen Bezirk keine Stadt sich befindet, in welcher auch nur annähernd eine solche große Zahl organisationsfähiger BerufsKollegen vorhanden ist, wie in Elberfeld-Barmen. Weil in Kollegenkreisen die Meinung vorhanden zu sein scheint, der Bezirksleiter solle nur eine repräsentable Medefigur sein, dessen Wohnsitz eine untergeordnete Rolle spiele, ist es angebracht, wenn die Verbandsleitung frühzeitig unterrichtet wird, damit in dieser Beziehung in Verkennung des Agitationsterrains kein Mißgriff in der Wahl des Ortes geschieht.

Nun zum Hauptzweck: „Beitrag und Unterstützungen.“ In dieser Beziehung verdienen die gefaßten Beschlüsse ungeteiltes Lob. Vor allem ist die Härte, daß lanajährige Mitglieder nach ihrer Aussteuerung wieder in die niedrigste Unterstützungsstufe zurückgeworfen werden, beseitigt. Meines Erachtens hat man dadurch nicht nur eine Härte beseitigt, sondern auch ein festeres Band um die Mitglieder geschlungen — der Fluktuation gesteuert. Den gleichen Effekt wird die ausgebauten Arbeitslosen- und Umzugsunterstützung sowie die Neueinführung der Krankenunterstützung für die Kolleginnen und die Hinterbliebenenunterstützung haben. Gegenüber diesen Unterstützungsrichtungen erscheint die Beitragserhöhung als außerordentlich gering und es ist eine unverantwortliche Uebertreibung, wenn behauptet wird, mit diesem Betrag sei in der Provinz die Agitation unterbunden. Obwohl auch ich lebhafter Befürworter der Einführung einer Krankenunterstützung war, konnte ich mich doch den Gründen, daß der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gewerkschaftlich bedeutender und daher notwendiger war, nicht verschließen. Der starken Minorität der Anhänger des Staffelsbeitrags hätte man freilich die verlangte Konzession machen sollen, die dahin ging, die Hilfsarbeiter der Beitragsklasse der weiblichen Mitglieder fakultativ einzureihen. Den gelehrten Buchbindern in den Provinzstädten sollte entgegengehalten werden, daß die Buchdrucker bei 1,15 Mk. pro Woche Beitrag — zu welchen oft noch obligatorische Gaubeiträge kommen — exklusive des Verbandsorgans zahlen, obwohl die tariflichen Löhne für Ausgelernte nur 16,50 Mk. bzw. 18,50 Mk. pro Woche betragen.

Gerborgehoben seien noch einige Ausführungen verschiedener Kollegen, die schließlich dazu dienen, das Bild über die neuen Verhältnisse im Verband zu vervollständigen. Neben den beachtenswerten Ausführungen des Kollegen Gaueisen über den Zweck der Unterstützungsrichtungen gab er den Delegierten in dankenswerter Weise gutes Agitationsmaterial in die Hand. Von Kollegen Schröter-Stuttgart wurde eine prinzipielle Antwort vom Verbandsvorstand verlangt, ob er sich für berechtigt hält, Anträge aus Mitgliedschaftsversammlungen, die Aufträge für den Zentralvorstand enthalten, kurzerhand zu ignorieren. Antwort ist leider (laut Protokoll) nicht erfolgt! Kollege Kohl-Dresden forderte höhere Beitragsbelastung der Tarifstädte. Dieser Forderung ist mit der Annahme der Tarifresolution zum Teil in Absatz 5 entsprochen, der die Kosten der Tarif-Gin- und Durchführung außer aus Verbandsmitteln „eventuell durch freiwillige Beiträge der Tarifstädte zu decken“ verpflichtet. Von Kollegen Draus-Berlin wurde angeregt, bei zukünftigen Tarifbewegungen feste Abmachungen über den § 616 in die Verträge mit aufzunehmen

und Kollege Güth-Bielefeld konstatierte, daß die Tariferrungenchaften der Großstädte günstig auf die Lohnverhältnisse der Provinzstädte zurückwirkten — eine Tatsache, die allein genügen müßte, die Neuberungen der Provinzler, die Großstädte schluden alle Vorteile allein vom Verband, verstummen zu machen.

Der Gedanke des Kollegen Dietrich, den ich des öfteren propagierte, daß die Agitation wesentlich von den Gauvororten aus betrieben werden sollte, hätte in einem besseren Ausbau der Gauorganisation realisiert werden sollen. Die ungeschönen Trohungen des Kollegen Kohl, ähnlich wie die Portefeuille mit dem bösen Beispiel die guten Sitten der Solidarität zu verlegen, registrieren wir als in der Uebereilung geschehen.

Wie die Bekanntschaft mit einem Millionär noch nicht einmal zum reichen Mann macht und eine humane Unterstützung in der Not nicht zur seligen Zufriedenheit führt, so werden die Bekanntschaften unseres Redakteurs nicht zu dessen „Verjüngung“ führen und die Unterstützungsrichtungen uns nicht „dem Abgrund zuführen“. Wie wäre es, wenn wir diese prophetischen Worte dicktintig auf das Vorkap unserer neuen Statutenbüchlein schrieben? Ob wir denselben moralischen Erfolg erzielen wie die Herren Unternehmer mit den „Mit Gott“ Vorkappapieren in den Lohn- und Kassabüchern?

Alles in allem können wir mit den neuen Verhältnissen im Verband zufrieden sein, sie bedeuten einen kräftigen Schritt vorwärts. Zeigen wir, daß wir auch weiter laufen können durch noch intensivere Betätigung in der Agitation.

B. S.

### Im Gewerkschafts- und Parteidiens

hat Kollege Karl Frey seine Auslassungen über „Buchbinder-Zeitung“ gegen die von mir beim Verbandstage zu Dresden gemachten, ihn betreffenden Ausführungen (Protokoll Seite 177) glaubte richten zu müssen.

Obwohl kein Freund von Polemiken persönlicher Art unter Kollegen, muß ich doch eine Behauptung Freys einer kurzen Betrachtung an dieser Stelle unterziehen, darauf verzichtend, noch weitere in besagtem Artikel enthaltene Ausführungen, die zu energigischen Erwidern meinerseits Anlaß geben könnten, zu behandeln.

Frey sagt: „Die Partei nahm Dietrich in Anspruch als Stadtrat in Stuttgart, das Jahresgehalt betrug hier bis vor etwa zwei Jahren an fixum 3000 Mark. Was die Entschädigung heute beträgt, ist nicht zu erfahren.“

Mit diesem will Frey die Meinung bei den Mitgliedern erwecken, daß ich ganz bedeutende Nebeneinkommen bisher gehabt habe durch meine Tätigkeit für die Partei, sagt er doch auch einige Zeilen weiter unten: „Die Partei hat von jeder diese Arbeitsleistungen schon entschädigt, und Kollege Dietrich war davon nicht ausgeschlossen.“

Wenn Frey es mit der Wahrheit immer so genau nimmt, wie in diesem Falle, dann bleibt viel zu wünschen übrig.

Ich bin in der Parteibewegung tätig, so lange ich in der Gewerkschaftsbewegung tätig bin, das sind 34 Jahre. So lange die Partei klein war, habe ich nicht einmal meine Barauslagen, die mir bei der Agitation entstanden, mir ersetzen lassen und auch später nahm ich in den meisten Fällen nicht einmal vollen Ersatz meiner Barauslagen an. Im Jahre 1892 wurde ich in den Bürgerausschuß (Stadtverordneten-Kollegium) der Stadt Stuttgart gewählt, worin ich 4 Jahre ohne jede Entschädigung tätig war. (Der Verband hatte keinerlei Verlust an Zeit oder Arbeitsfähigkeit durch diese meine Nebentätigkeit.) Vom Jahre 1898 an war ich Mitglied des Gemeinderats, welches Amt allerdings pro Jahr mit 3000 Mark Sporteleinkommen bedacht war, aber mit dem 1. Januar 1900 fielen diese Bezüge weg. Es dürfte dem Kollegen Karl Frey nicht unbekannt sein, daß im Protokoll vom Verbandstage zu Berlin, im Jahre 1900, auf Seite 114 zu lesen ist, daß Kollege Lender-Stuttgart damals ausführte: „Man habe das Recht nicht, Leuten, wie dem Kollegen Dietrich, das Recht auf politische Betätigung abzuspüren. Diese Betätigung koste

so lange Kollege Dietrich als Gemeinderat gewählt ist, ungefähr einen Tag wöchentlich.“ Seither hat für die versäumte Zeit Dietrich eine Hilfskraft gestellt, die er selbst bezahlte, das geht jetzt aber nicht mehr, nachdem das Nebeneinkommen aufgehört hat.“

Von dem Nebeneinkommen habe ich aber nicht nur die Hilfskraft bezahlt, sondern auch ganz ansehnliche Beträge — wie ich jederzeit nachweisen kann — zugunsten der Arbeiterbewegung und von Genossen verwendet. Seit zwei Jahren wird den Gemeinderäten wieder eine kleine Entschädigung in Form von Tagegeld gegeben, die sich aber nur auf die tatsächlich im Amt aufgewendete Zeit erstreckt. Da es ganz darauf ankommt, wie viel Zeit das eine oder das andere Mitglied des Kollegiums, je nach Zuteilung zu einer Kommission, aufzuwenden hat, so richtet sich selbstverständlich auch die Höhe des Gesamteinkommens im Jahre danach. Bedeutend ist es bei mir nicht, was sich schon daraus erklärt, daß ich aus Rücksichten für meine Tätigkeit und meine Pflichten für den Verband mich nicht in Kommissionen wählen lassen konnte, die viel Zeit für ihre Arbeiten brauchen. Ich bedauere also, den Schmerz des Kollegen Frey: nicht erfahren zu können, was die Entschädigung heute beträgt, nicht durch eine bestimmte Angabe auf Heller und Pfennig stillen zu können.

Daß das betreffende Ehrenamt auch viele Ausgaben erforderlich macht, wird jeder Kollege leicht begreifen. — Mit Einführung der neuen Gemeindeordnung, die im württembergischen Landtage in vielleicht ganz kurzer Zeit vollends durchberaten ist, hört meine Tätigkeit als Stadtrat überhaupt auf.

Es hatte mir widerstrebt, auf die verschiedenen ihren Zweck leicht erkennen lassenden Behauptungen eine Antwort zu geben. Da sich aber bei vollständigem Ignorieren meinerseits nach und nach nicht nur um die Sitzverlegung, sondern auch über die Höhe meines Einkommens ein „ganzer Legendenkranz“ bilden könnte, so hielt ich es schließlich doch für geboten, wenigstens zu dieser einen Sache mich auszusprechen.

Stuttgart.

A. Dietrich,  
Kömerstr. 17.

### Die Wahl der Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden.

In nächster Zeit vollzieht sich ganz unmerklich, fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine höchst wichtige Wahl im Rahmen unserer Versicherungsgesetze. Am Schluß des Jahres ist die fünfjährige Wahlperiode der Weisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden abgelaufen und erfolgen nunmehr die Neuwahlen.

Die Weisiger zu den unteren Verwaltungsbehörden werden zu gleichen Teilen aus dem Kreise der Arbeiter und Unternehmer gewählt. Die Funktionen dieser Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden sind für die Arbeiter von nicht unerheblicher Bedeutung. Die untere Verwaltungsbehörde bildet in dem Verfahren zur Erlangung einer Invaliden- oder Altersrente die erste vorbereitende Instanz, sie hat die Anträge auf Bewilligung einer Invaliden- oder Altersrente entgegenzunehmen, Anträge auf Rentenbewilligung oder Entziehung der Invalidenrente zu begutachten und zu prüfen. In allen diesen Fällen sind die Weisiger zur unteren Verwaltungsbehörde heranzuziehen, üben also einen Einfluß auf die Begutachtung solcher Rentenansprüche aus. Es bedarf keines Hinweises, wie wichtig gerade diese Funktion bei der Rentenfestsetzung für die versicherten Arbeiter ist.

Die Bedeutung der Wahlen tritt aber noch mehr in den Vordergrund, wenn wir berücksichtigen, daß die Weisiger bei den unteren Verwaltungsbehörden den Wahlkörper für die Wahlen der Vertreter zum Ausschuß der Landesversicherungsanstalt bilden. Der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt wählt sodann die Vertreter zum Vorstand der Landesversicherungsanstalt, die Weisiger zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, sowie die Arbeitervertreter, die von den Berufsvereinigungen bei Erlaß der

Unfallverhütungsvorschriften hinzugezogen werden; und endlich wählen die Beisitzer der Schiedsgerichte die nichtständigen Mitglieder zu den Landesversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt.

Diese Wahlen vollziehen sich so, daß in allen diesen Körperschaften die Vertreter der Unternehmer auf der einen Seite, die Vertreter der Arbeiter auf der anderen Seite einen geschlossenen Wahlkörper bilden, der je für sich seine eigene Vertretung bestimmt.

Es erhellt aus dem Dargelegten, daß die Arbeitervertretung einen Einfluß auf die Rentensatzfestsetzung, die Rentenaufhebung, die Rechtsprechung und auch auf die Regelung zahlreicher wichtiger innerer Verwaltungsangelegenheiten der Versicherungsanstalten auszuüben vermag.

Es kommen bei diesen Wahlen 1406 untere Verwaltungsbezirke in Betracht, die nach dem Gesetz in der Regel je vier Beisitzer aus den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter erhalten sollen, darüber hinaus hat die Versicherungsanstalt die Zahl der Beisitzer zu bestimmen. Nach der letzten Bekanntmachung waren bei den unteren Verwaltungsbehörden 12 380 Beisitzer, mithin 6190 Arbeiterbeisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden berufen.

Die Wahl der Beisitzer vollzieht sich nun in einem sehr komplizierten und sonderbaren Verfahren. Das Wahlrecht üben die Vorstände der Krankenkassen aus, und zwar ist hierbei folgendes zu beachten:

Die Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden werden von den Vorständen der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen und anderen zur Wahrung der Interessen der Seeleute bestimmten obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie von Vorständen der freien Hilfskassen gewählt, welche die Rechte aus § 75a des Krankenversicherungsgesetzes besitzen (es scheiden also sogenannte Zuschußkassen aus). Das Recht haben aber auch nur die freien Hilfskassen, die ihren Ausbreitungsbezirk nicht über den der unteren Verwaltungsbehörde ausdehnen. Es sind also mithin nur die Vorstände der lokalen, freien Hilfskassen, nicht die zentralisierten Hilfskassen wahlberechtigt.

Sodann erhalten die Vertreter der Kommunalverbände sowie die Vertretungen der Gemeindefrankensversicherung\*) ein Wahlrecht, das sich bestimmt nach der Zahl der Arbeiter, die keiner Krankenkasse angehören, aber versicherungspflichtig nach dem Invalidenversicherungsgesetz sind.

Das Stimmenverhältnis bei der Wahl wird entsprechend der Mitgliederzahl der Krankenkasse, für die der Vorstand wählt, berechnet.

Die Leitung der Wahl liegt der unteren Verwaltungsbehörde ob, in der Regel in den Landgemeinden dem Landrat, in größeren Städten, die einen eigenen Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde bilden, der Gemeindebehörde. Nachdem die Verwaltungsbehörde an die Krankenkassenvorstände die nötige Anordnung erlassen hat (Aufforderung zur Wahl,

Beigabe der Stimmzettel), hat der Vorsitzende der Krankenkasse den Vorstand zusammenzuberufen und im gesonderten Wahlgang für die Unternehmer und die Arbeiter die Wahlen vorzunehmen. Gewählt gilt vom Vorstand der Krankenkasse derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Um nun unnötige Zerplitterungen bei der Wahl zu vermeiden, wird es notwendig sein, daß sich die Gewerkschaften oder Gewerkschaftskartelle im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde mit den Vorständen der Krankenkassen über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten verständigen.

Das Zentralarbeitersekretariat hat bereits vor Monaten die Anregung zu den Vorbereitungen für diese Wahl durch Zirkular an die Gewerkschaftskartelle gegeben und es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß nunmehr die Vorbereitungen beendet, die Aufstellung der Kandidaten vollzogen ist.

Bemerken wollen wir, daß es auch nicht ausichtslos erscheint, in einigen Bezirken für die Wahl der Unternehmervertreter Vorbereitungen zu treffen, da in einer Anzahl von Krankenkassenvorständen sozialpolitisch wohlwollende Unternehmer vertreten sind.

Was die Wählbarkeit der Vertreter anbetrifft, so bestimmt darüber das Gesetz, daß die Hälfte der Arbeitervertreter am Sitz der unteren Verwaltungsbehörde oder nicht in einer Entfernung über 10 Kilometer wohnen dürfen. Es kommt also nicht die Arbeitsstätte des aufzustellenden Kandidaten in Betracht, sondern der Wohnort. Es kann dabei eintreten, daß jemand zu einer Versicherungsanstalt Beiträge leistet, für die er in dem Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht gewählt werden kann, weil er nicht dort wohnt. Die Kandidaten dürfen nicht dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt oder einem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angehören.

Wählbar sind nur deutsche, männliche über 21 Jahre alte Personen; nicht wählbar, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind, d. h. welche durch strafrechtliche Beurteilung die Befähigung zu diesem Amt verloren, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, oder welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Was den Wahltermin anbetrifft, so ist dieser kein einheitlicher für das Reich. Die Wahlverordnungen für Preußen und für den Bezirk der hanseatischen Versicherungsanstalt Lübeck bestimmen, daß die Wahl vom 1. Oktober bis 15. November stattzufinden hat. In Baden finden die Wahlen im Monat Dezember statt; im Großherzogtum Hessen beginnen die Wahlen am 1. November d. J. Die übrigen Bundesstaaten haben keinen bestimmten Termin in ihrer Wahlverordnung festgesetzt, wahrscheinlich wird der Wahltermin hier durch die amtlichen Publikationsorgane noch bekannt gegeben; sicher ist, daß er im letzten Vierteljahre angesetzt wird. Zu beachten ist, daß die Wahlen nicht an einem Tage stattfinden, sondern sich über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen ausdehnen.

Wir möchten nun nochmals an unsere Organisationen das dringende Ersuchen richten, da, wo die Vorbereitungen noch nicht erledigt sind, mit allem Eifer an die Erfüllung dieser so wichtigen Aufgabe heranzugehen. Unsere Arbeiterorganisationen haben die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um eine Arbeitervertretung zu schaffen, die den invaliden und hilfsbedürftigen Arbeitern helfend zur Seite steht.

#### Das Zentralarbeitersekretariat.

### Internationales.

**Ungarn.** Aus Budapest erhalten wir die telegraphische Mitteilung, daß der Streik unserer Kollegen siegreich beendet ist. Nähere Mitteilungen folgen.

### Korrespondenzen.

**Berlin.** In einer Branchenversammlung der Buchbinder, die sich mit dem Thema „Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Buchbindereien und Buchdruckereien“ befaßte, führte Vergmann aus, daß im großen und ganzen die vor Jahresfrist abgemachten Lohnsätze am 1. September eingeführt seien. Jedoch gibt es noch eine Anzahl Betriebe, in denen die Organisation schwach oder gar nicht Eingang findet, die diese neuen Bedingungen nicht anerkennen. Der Buchbinderverband habe überall versucht, auch in diesen Betrieben gute Zustände zu schaffen. Der Buchbinderbesitzerverband, der fortwährend über die Konkurrenz solcher Firmen klagt, habe bisher gar nichts getan zur Anerkennung des Tarifs von solchen Firmen, obwohl es auch Pflicht der Unternehmer und im Sinne der Tarifgemeinschaft läge, daß von dieser Seite auf solche Firmen eingewirkt werde, wie es bei den Buchdruckern geschieht. Redner führt nun besonders solche Firmen an, die diese Tarifdurchbrechungen begehen. Die Firma *M. G. H. t e* bezahle den Arbeiterinnen das Falzen zu niedrig. Auch die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit für Arbeiterinnen werden nicht respektiert. Es sei unverständlich, daß noch Arbeiterinnen bei solchen Firmen Arbeit annehmen, wo doch auf dem Arbeitsnachweis Mangel an Arbeitskräften zu tarifmäßigen Preisen vorhanden sei. Die Großbuchbinderei von *W. L. e i n* konnte sich erst nach längerer Verhandlung dazu bequemen, das Zusammenarbeiten von Mädchen und Lehrlingen abzuschießen. Die Buchbinderei von *W. i e l e r* bezahlte noch 20—23 Mk. Es sei aber zu erwarten, daß mit dem Vorwärtsschreiten der Organisation hier bald bessere Verhältnisse eintreten. Die Postbuchbinderei von *C. o l l i n*, ferner *D. e m u t h* und *F. r e e s e* beschäftigen eine größere Anzahl Lehrlinge und gefallen sich in Bezahlung der niedrigen Löhne. Die Firma *L. u. d. w. i. g.*, die den Tarif anerkannte, bezahlt jetzt auch wieder niedriger. Bei der Firma *K. ä. m. e. r. e. r* wurde, wie schon wiederholt, der Vertrauensmann gemäßigelt. Durch den festen Zusammenhalt des Personals wurde jedoch die Einstellung desselben wieder erreicht. Ständig unter Tarif zahlt noch die Buchbinderei *M. a. b.* und die Bibelbindereien *G. ü. n. t. h. e. r* und *M. ö. t. e. l.*, ferner die Buchbinderei *S. c. h. o. f.* In letzterer wird das Personal durch billige Vergütungen, wie Kaffeefochen, zufrieden gestellt. Von den Buchdruckereien, die für Buchbinderarbeiten in Betracht kommen und keinen Tarif zahlen, wurden genannt: *Rollenberg* u. *S. ch. o. b.*, *W. e. i. h. m. a. n. n.*, *B. e. r. t. i. n. e. t. t. i.*, *R. o. b. a. d.* u. *C. o.*, *B. e. h. r. e. n. d.* *N. a. c. h.* und *W. i. r. e. n. s. t. e. i. n.* Letztere Firma, die sich um das Zustandekommen der Tarifgemeinschaft ein Verdienst erworben hat, läßt noch 9½ Stunden arbeiten. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Firma *V. a. r. g. o. u. S. ö. h. n. e. N. a. c. h.* Hier werden die Papiererbetten für *M. s. c. h. i. n. g. e. r* hergestellt. Das Falzen wird von armen Frauen zu Hause für einen Preis von 35 Pf. pro Tausend besorgt. Man kann sich leicht vorstellen, daß zwischen der Versorgung häuslicher Arbeiten und das Aufwarten kleiner Kinder die genügende Sauberkeit fehlt, die zur Anfertigung solcher Arbeiten doch unbedingt nötig ist.

In der Diskussion wurden diese Angaben bestätigt und noch erweitert. Der Obermeister der Zunft hielt es im vorigen Jahre für selbstverständlich, daß sich die Zunft diesen Abmachungen anschliesse. Jedoch am letzten Montag habe man den Rückzug angetreten und erklärt, daß man nicht zahlen könne.

Es wurde auch noch darauf hingewiesen, daß man Tarifdurchbrechungen der Tarifkommission sofort mitteilen soll und nicht erst, wenn die Arbeit vollendet oder die Betroffenen das Geschäft verlassen haben. Mitgeteilt wurde noch, daß die Kollegin *S. c. h. r. e. i. b. a. r. d. t.* und Kollege *S. a. t. o. r. i. n. s.* in die Agitationskommission eingetreten sind.

**Berlin.** Nachdem am 10. September eine Branchenversammlung der *W. o. l. d. s. c. h. n. i. t. t.* in *a. c. h. e. r* beschlossen hatte, den Arbeitgebern von 36 Firmen einen Minimaltarif am 25. September zugehen zu lassen und Antwort bis zum

\*) Die Beteiligung an der Wahl ist übertragen in: **A. h. a. r. e. n.:** Verordnung vom 14. Dezember 1899 § 8; den Magistraten der unmittelbaren Städte und den Distriktsräten, bei der ersten Wahl den Distriktsausschüssen.

**P. r. e. u. s. e. n.:** Bekanntmachung vom 24. August 1899 Ziffer 7; den Kreis- und Stadtkreislagen der Magistraten. (Als weitere Kommunalverbände gelten hier die Kreise und in Hohenzollern die Oberamtsbezirke.)

**W. ü. r. t. e. m. b. e. r. g.:** Verfügung des Ministers des Innern vom 25. November 1899 § 14 (Reg.-Bl. S. 1043); den Verwaltungen der Gemeinde-Krankenversicherungen und Krankenpflege-Vereinigungen.

**H. e. s. s. e. n.:** Ausführungsverordnung vom 13. Okt. 1899 § 8; Bürgermeisterei und Kreisräte.

**D. i. d. e. n. b. u. r. g.:** Verordnung vom 14. November 1899 § 1; Amtsräten (Fürstentum Lübeck: Regierung für den Landarmenverband, Fürstentum Birkenfeld), Bürgermeistereiräte, nach Verordnung vom 15. November 1899.

**B. r. a. u. n. s. c. h. w. e. i. g.:** Magistrat Braunschweig, Kreis- und Ausschüssen.

**S. o. t. t. a.:** Bezirks-Verwaltungsbehörden.

**S. c. h. w. a. r. z. b. u. r. g. - S. o. n. d. e. r. s. h. a. u. s. e. n.:** Bezirks- und Ausschüssen.

**R. i. p. p. e. - D. e. i. m. o. l. d.:** Amtsgemeinderäten, Magistraten.

3. Oktober verlangte, fand am Montag, den 3. Oktober, eine Versammlung statt, in welcher der Vertrauensmann mitteilte, daß 6 Firmen die Forderungen bewilligt haben, von 3 Firmen lagen wohl Antworten, aber keine bindenden Erklärungen vor. Alle übrigen 27 Firmen hatten es nicht für nötig gehalten, Antwort zu geben. Nach ziemlich reger Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute Abend versammelten Goldschmittmacher Berlins beschließen, bei den Firmen, von denen keine Antwort eingelaufen ist, vorstellig zu werden und eine Antwort zu verlangen, ob die Herren Chefs mit uns in Verhandlungen treten oder nicht. Antwort ist bis Mittwochabend zu geben.“

In der Diskussion wurden verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht und auf deren Abhilfe gedrungen. Mitgeteilt wurde noch, daß der Vertrauensmann an die Zahlstellen Dresden, Hannover und Düren die Nachricht hat ergehen lassen, daß die Goldschmittmacher Berlins in eine Lohnbewegung eingetreten sind, vor Zugang gewarnt und die Infertigung von Streikarbeit zu verweigern gebeten hat. Ferner wurde der Vertrauensmann beauftragt, mit dem Bevollmächtigten der Zahlstelle Düsseldorf in Verbindung zu treten, um die dort beschäftigten Kollegen auf diese Bewegung aufmerksam zu machen.

**Berlin.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Luxuspapierbranche tagte am Freitag, den 22. Oktober, in Kellers Festsälen. Der Referent D r a u y schilderte die Entwicklung des Streiks, der nun infolge des Versuchs der Arbeitgeber, Streikarbeit in den nicht vom Streik betroffenen Fabriken herstellen zu lassen, sich sehr weit ausgebreitet hat. Die Streikarbeit wurde überall abgelehnt und die Arbeit deswegen niedergelegt, sogar von Arbeitern, die 10 bis 15 Jahre im Betriebe tätig waren. Der Redner forderte die Anwesenden auf, in allen derartigen Fällen ebenso zu handeln. Er sprach ferner über das Verhalten der Polizei, die bei diesem Streik bereits Tugende von Streikposten siliert hat, welche sich nicht im geringsten gegen irgend ein Gesetz vergangen hatten. Es soll in allen diesen Fällen Beschwerde erhoben werden. Ferner wurden in der Versammlung die nach Aussage der Fabrikanten „guten“ Löhne erwähnt, wie sie in verschiedenen Luxuspapierfabriken gezahlt werden. Es wurde mitgeteilt, daß bei den Firmen Littauer u. Boysen, Hagelberg, Heymann u. Schmidt und Grimm Arbeiterinnenlöhne von 6 Mk. wöchentlich, bei Schäfer u. Scheibe sogar von 5,50 Mk. gezahlt werden. Die zuletzt genannte Firma beschäftigt einen Träger, der über 23 Jahre dort tätig ist und es nun auf 19 Mk. Wochenlohn gebracht hat. Im übrigen wurde erwähnt, daß bei einer anderen Firma zwei Arbeiterinnen, die 9 und 10 Jahre im Betriebe tätig sind, nur 10,50 Mk. Wochenlohn erhalten.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute in Kellers Festsälen tagende öffentliche Versammlung der Luxuspapierbranche erklärt ihre volle Sympathie für die Streikenden, verspricht denselben nach wie vor ihre tatkräftige Unterstützung und erwartet von allen Kollegen und Kolleginnen, daß sie jedes Instimmen, Streikarbeit anzufertigen, ebenfalls energisch zurückweisen und event. die Arbeit niederlegen werden. Die Versammlung protestiert aufs schärfste gegen die gefehlwidrigen Handlungen der Polizei, welche Streikposten, die ruhig ihr gesetzlich gewährlestetes Koalitionsrecht ausüben, verhaftet und bedroht.“

**Berlin.** Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Brückner bekannt, daß sich die Luxuspapierarbeiter und Arbeiterinnen im Streik befinden, nachdem es die Unternehmer abgelehnt haben, vorm Einigungsamt zu erscheinen. Mit der Bitte, die Streikenden durch Verweigerung von Streikarbeit moralisch zu unterstützen, wurde diese Sache verlassen. Zu Kandidaten zum Gewerbegericht wurden für die Buchbinderei Karl Schulze, für die Luxuspapierbranche Albert Bergemann und für die Lederarbeiter Eugen Brückner vorgeschlagen. Nach kurzer Debatte wurden diese Vorschläge durch Abstimmung gut-

geheißen. Neuwahlen finden in allen, von 3—18 durch 3 teilbaren Bezirken statt. Zum Punkt „Lokalbeitrag“ wurde der Versammlung im Einverständnis der kombinierten Verwaltungen und der kombinierten Vertrauensmännerung empfohlen, den Lokalbeitrag vorläufig in der bisherigen Höhe zu belassen. Zu der Debatte hierüber bedauert Bytomski, daß er in vorgenannten beiden Sitzungen nicht anwesend sein konnte und begründete hierauf folgenden Antrag: Der Lokalbeitrag beträgt pro Woche 5 Pfennig und wird hierfür ein Lokalzuschlag zur Arbeitslosenunterstützung gewährt. Nach einer lebhaften Diskussion gingen verschiedene Anträge ein, von welchen folgender zur Annahme gelangte: Die Ortsverwaltung wird beauftragt, eine Abstimmung darüber vorzunehmen, ob die Mitglieder gewillt sind, pro Woche 5 Pf. Lokalzuschlag zu leisten. Vorschläge über die Höhe der Lokalunterstützung werden der Ortsverwaltung überlassen. Sodann macht Brückner auf den schriftlich eingegangenen Antrag der Zahlstelle Annaberg-Buchholz, betr. Abstimmung bezüglich Staffelbeitrag, aufmerksam.

**Charlottenburg.** Am Sonnabend, den 17. September, fand eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sich hauptsächlich mit der Agitationsfrage beschäftigte. Leider muß konstatiert werden, daß von den vielen Einladungen, welche an die Unorganisierten ergangen waren, nur ein Kollege und zwei Kolleginnen erschienen waren; dieselben ließen sich dann auch um Schlusse der Versammlung aufnehmen. Als Referentin war die Kollegin Fräul. S i e b e r - Berlin erschienen. Sie legte in verständlicher Form den Nutzen der Organisation klar und wies auf die Notwendigkeit derselben hin. Leider Weisall lohnte ihren Ausführungen. Hierauf erstattete S i l b e r t Bericht über den Verlauf der Berufstüberversammlung der Passpartout-Fabrik von Alteda Helmer u. Co. Der Besuch war auch hier nur ein minimaler; wenn auch nur zwei Kolleginnen erschienen waren, so war doch wenigstens der größte Teil der Kollegen anwesend. Vom Gewerbestand war Lemser anwesend. Aus der Aussprache ging hervor, daß die Passpartout-Arbeiter schon längere Zeit organisiert waren, aber, wie sie meinten, wegen nicht genügender Berücksichtigung der Interessen ihrer Branche dem Verbands wieder Walet gesagt hatten. Die Kollegen gaben das Versprechen, dem Verband wieder beizutreten, sobald ein Vertrauensmann für ihre Branche gewählt wird, der ihre Interessen energischer vertritt. Lemser wurde beauftragt, beim Gewerbestand die nötigen Schritte in die Wege zu leiten.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich über unsere fernere Agitation. Silbert empfiehlt mit den Buchdruckern in Verbindung zu treten, da ein großer Teil Kollegen und Kolleginnen in Druckereien arbeitet und es auf diese Weise nur möglich ist, mit ihnen in Fühlung zu kommen. Ferner wurde angeregt, in kürzester Zeit eine öffentliche Versammlung für alle in graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen abzuhalten. Des weiteren wurde eine Agitationskommission gewählt. Aufgabe derselben soll sein, mit den bei Kleinmeistern beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in nähere Verbindung zu treten, um dieselben für die Organisation zu gewinnen.

Ueber den Antrag der Zahlstelle Annaberg-Buchholz betr. Abstimmung über Staffelbeitrag wurde zur Tagesordnung übergegangen, da unsere Zahlstelle fast einstimmig für einheitlichen Beitrag ist. Hierauf gibt der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Wernicke, Bismarckstraße 34, ein Familienkränzchen stattfindet; er bittet die Mitglieder, recht zahlreiche mit ihren Angehörigen zu erscheinen.

**Göttingen.** Am 27. September waren die hiesigen Kollegen versammelt, um das Resultat der gemeinschaftlichen Sitzung zwischen unserer Lohnkommission und dem Innungsvorstand zu erfahren. Kollege Lesche gab die Antwort der Meister bekannt und kritisierte das geringe Entgegenkommen derselben. Ueber die geringen Zugeständnisse der Meister herrschte allgemeine Ent-

rüstung unter den Versammelten. Hierauf wurde in geheimer Abstimmung das Festhalten an unseren Forderungen beschlossen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 27. September versammelten Buchbindergehilfen erklären keine Veranlassung zu haben, von ihren gestellten Forderungen abzugehen; sie erwarten weitere schriftliche Antwort der Herren Meister bis zum 8. Oktober zu Händen des Gesellenausschusses.“

Nun werden die Meister über eine andere Antwort beraten können und wird dieselbe für uns hoffentlich besser ausfallen, was alle Kollegen erwarten.

Kollege Neuter ermutigte noch einmal die Versammelten, fest zusammen zu halten, damit bei dieser Bewegung Ersprießliches erreicht wird, ein jeder Kollege weiß doch, daß der Verband hinter ihm steht. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes wird die Versammlung geschlossen. Die hiesigen Kollegen bitten nun alle Verbandskollegen, Bezug nach hier fern zu halten.

**Grünstadt.** Eine am 1. Oktober abgehaltene Versammlung, welche von ca. 40 Kollegen besucht war, und unter Anwesenheit des Gewerkschaftsleitenden sowie des Vorsitzenden des hiesigen Gewerkschaftsartells einen imposanten Verlauf nahm, hat dem schon längst gehegten Wunsche der Kollegenschaft entsprochen und die Zeit für gekommen erachtet, für Verbesserung ihrer Lebenslage geeignete Bewegung einzuleiten.

Es wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Anerkennung der Gehilfenorganisation als Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes.
2. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden einschließlich  $\frac{1}{4}$  Stunde Frühstück- und  $\frac{1}{4}$  Stunde Wesperrpause. An Sonnabenden und Vorabenden der in der Woche fallenden gesetzlichen Feiertage beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden einschließlich der obengenannten Pausen.
3. Der Minimallohn beträgt: für Ausgelernte 16 Mk., 1 Jahr nach der Lehrzeit 17 Mk. und mehr hatten, erhalten eine Zulage von 10 Proz. ihres bisherigen Lohnes. Die Hilfsarbeiter erhalten durchgehend eine Lohnerhöhung von 15 Prozent.
4. Für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 20 Proz. gewährt.
5. Für die J. Schäffer'sche Gesangbuchfabrik ist ein Gehilfenausschuß von fünf Verbandsmitgliedern zu wählen, welcher bei allen Differenzen mit der Firma zu unterhandeln und die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten hat. Für die Niedelsche Geschäftsbuchfabrik ist ein Gehilfenausschuß von drei Mitgliedern, bestehend aus zwei Mitgliedern des Deutschen Buchbinderverbandes und einem Mitglied des Deutschen Buchdruckerverbandes zu wählen.

Zur Durchführung dieser Forderungen und zur Leitung der eventuellen Verhandlungen wurde eine Lohnkommission von fünf Kollegen eingesetzt. Die Forderungen gingen am 2. Oktober an die beiden hier bestehenden Geschäfte, die Gesangbuchfabrik von J. Schäffer, welche ca. 45 Personen beschäftigt, und an die Firma Niedel u. Co., welche in unserem Verufe fünf Kollegen beschäftigt, die Respektsfrist wurde auf Mittwoch, den 5. Oktober, festgelegt.

In einem weiteren Punkt der Tagesordnung wurde die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Als Bevollmächtigter wurde Armbrust, als Kassierer Schall, als Schriftführer Sarenberg, als Beisitzer Weilemann und Distler und als Revisoren Becker und Otter gewählt. Zudem wir hoffen, daß sämtliche Kollegen wie bisher trenn von unserer Sache halten, ihren Verpflichtungen in jeder Hinsicht gewissenhaft nachkommen, sich als wackere Kämpfer unserer jungen aus 41 Kollegen bestehenden Zahlstelle zeigen, bitten wir, alle auswärtig stehende Kollegen, den Zugang fernzuhalten.

**Göhring.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung am 17. September beschäftigte sich u. a. mit der Anregung Annaberg-Buchholz, Urabstimmung über einen Zweiklassenbeitrag und kam nach ausgiebiger Behandlung dieser Frage zur einstimmigen Annahme folgender Resolution:

Die heutige Versammlung drückt ihr Bedauern aus, daß der Verbandstag keine Mehrheit für Staffelbeitrag hatte. Sie erwartet, daß der nächste Verbandstag, in Berücksichtigung der schlecht entlohnnten Kollegenschaft, darin Remedur schafft.

Der Anregung Annaberg-Buchholz steht sie sympathisch gegenüber und findet nur deshalb, um einer nochmaligen Umwälzung aus dem Wege zu gehen, eine Urabstimmung für nicht akzeptabel.

Im Laufe der Debatte fielen auch unmutige Äußerungen über die Art der Kritik, welche den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandstages laut Zeitungsberichten zuteil wurde. Die meisten Berichte wurden für einseitig gehalten und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß sich die Mitglieder mit dem einmal Beschlissenen abfinden und die verfügbare Zeit zum Agitieren für den Verband verwenden möchten.

**Hamburg.** In der am 1. Oktober stattgefundenen Versammlung hielt Hense einen Vortrag über: „Der ortsübliche Lohlohn“. Berndt tadelt das späte Erscheinen des Verbandstags-Protokolls. Auch rügt er mit scharfen Worten, wie die Hamburger Angelegenheiten auf dem Verbandstage verhandelt wurden, worüber wir erst jetzt ein klares Bild erhielten. Wäre das Protokoll vier Wochen eher erschienen, so hätte er sein Amt in der Lohnkommission sofort niedergelegt, was er nun noch tue. In der Debatte beteiligten sich Schlegel, Bimberg, Söntens, Pfennig und Dahler. Letzterer stellte den Antrag, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, da die meisten Kollegen erst heute das Protokoll erhalten haben und somit erst Einblick gewinnen müßten. Dem Antrage wurde zugestimmt.

Die nunmehr beendigte Urabstimmung über die Höhe des Lokalbeitrages ergab: Mit Ja stimmten 133, mit Nein 18 Kollegen, einige Stimmen waren ungültig. Somit ist der Antrag des Vorstandes, den Lokalaufschlag bestehen zu lassen und die vorgeschlagenen Unterstützungssätze anzunehmen, genehmigt. Nachdem Küster noch auf ein Zirkular der vereinigten Hilfsvereine aufmerksam gemacht und die Kollegen gebeten hatte, sich an den ausgeschriebenen Übungsfunden zahlreich zu beteiligen, erfolgte Schluß der mittelmäßig besuchten Versammlung.

**Hamburg.** In der Versammlung am 17. September referierte Küster über die lokalen Beiträge und Unterstützungen. Durch die auf dem Verbandstage beschlossene Erhöhung der Beiträge von 35 auf 45 Pf. für männliche und von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder ist eine Besserung des Unterstützungswezens eingetreten; unsere Erwartung, daß die Beitrags- und Unterstützungsfrage so geregelt werde, daß die Zahlstellen der Großstädte ihre lokalen Beiträge und Unterstützungen abschaffen können, ist leider nicht eingetreten. Redner schlägt deshalb vor, den Lokalbeitrag bestehen, dagegen die Monatssteuer für weibliche Mitglieder fallen zu lassen. Dann unterbreitet Redner eine neu ausgearbeitete Unterstützungsborlage. Der Vorstand beantragt, die Berechnung von einer Kommission prüfen zu lassen und dann durch Urabstimmung den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Entscheidung zu treffen.

Schlegel erkennt die Mühe an, die sich die Ortsverwaltung mit der Berechnung gemacht habe, gibt jedoch zu erwägen, ob es nicht ratsamer sei, die Einrichtung derart zu treffen, daß es einem jeden freigestellt werde, lokale Beiträge zu leisten oder nicht; im übrigen aber ist er mit den Vorschlägen der Verwaltung einverstanden. Denkt findet die neuen Verbandsunterstützungen unklar ausgedrückt. Es beteiligten sich noch Grosse, Berndt, Bimberg, Seipel und Winkler an der Diskussion. Hierauf wurde der Beitrag für männliche Mitglieder von 60 Pf. und für weibliche von 25 Pf. pro Woche im Prinzip beschlossen. In die Prüfungs-Kommission werden

Melle, Seibel, Wandt, Bimberg, Denz und Andersen gewählt. Dann wurde Urabstimmung über die Beiträge und Unterstützungen beschlossen.

Schlegel erwähnte den Antrag der Zahlstelle Annaberg-Buchholz, bei dem Verbandsvorstand zu beantragen, eine Urabstimmung zu veranstalten über die Einführung von zwei Beitragsklassen von 35 und 45 Pf. für männliche Mitglieder und daß die Hilfsarbeiter der weiblichen Klasse beitreten können. Redner gibt eine Schilderung der schlechten Entlohnungsweise der Kontobucharbeiter in Briesen in Schlesien. Vorwiegend kommen hier Hilfsarbeiter in Frage, welche 5 Mk. und 6 Mk. pro Woche verdienen; die Gehilfen erreichen nicht einmal den Lohn, den hier unsere Arbeiterinnen erhalten. In Thüringen befinden sich noch die Kartonnagearbeiter und Arbeiterinnen, weiter die Etuiarbeiter in Bahre, Eisenberg usw. in sehr traurigen Verhältnissen. Um diesen Leuten den Eintritt in die Organisation zu ermöglichen, solle man den Antrag Annaberg unterzeichnen, damit er ein Zehntel Stimmen sämtlicher Mitglieder zur Unterstützung bekomme. Berndt, Bimberg, Seibel und Küster treten ebenfalls für Unterstützung des Antrages ein. Grosse ist dagegen. Bimberg ersucht nochmals, ein aufklärendes Schreiben zu versenden; dem wird zugestimmt. Den Kartellbericht gibt Pfennig. Küster teilt mit, daß der Arbeitsnachweis täglich mittags von 1—2 Uhr bei Stange, Zeughausmarkt 31, geöffnet ist.

**Halle a. S.** An anderer Stelle dieses Blattes ist über den Erfolg der Etuiarbeiterbewegung hier am Orte berichtet. Wer nun glaubt, wenn in einer Nebenbranche der Buchbinderei schon ein Erfolg errungen werden konnte, wenn schon unter den Etuiarbeitern so reges Leben pulsiert, daß dann doch unter den Buchbindern daselbe der Fall sein müßte, der irrt sich ganz gewaltig. Die Herren Kollegen aus der Buchbinderei sind im Frühjahr in einen Sommerschlaf verfunken, aus dem sie noch nicht einmal der begonnene Herbst, auch nicht die soeben beendete Lohnbewegung der Etuiarbeiter aufwecken konnte. Sie schlafen noch immer. Wie lange dieser Schlaf dauern soll, das mögen die Götter wissen. Vielleicht denkt man erst im nächsten Frühjahr daran, sich auf die andere Seite zu legen, um weiter schlafen zu können.

Am Sonnabend, den 1. Oktober, war eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der Gesellenausschuß ermächtigt werden sollte, bei der Innung die Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens zu beantragen. Die Innung hat nur dem Namen nach einen Arbeitsnachweis und als Herberge wird von ihr die „Heimat“ protegiert. Besonders die Zustände in der letzteren machen eine Regelung zur unabweisbaren Notwendigkeit. Wenn die Innung nicht selbst das Interesse zeigt, unseren Kollegen eine anständige Herberge zu bieten, dann müssen die Gehilfen sie einmal an ihre Pflicht erinnern und selbst dafür sorgen, daß menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Die Versammlung beauftragte den Gesellenausschuß, in der Vollversammlung der Innung für die Anerkennung unseres Arbeitsnachweises und unserer Herberge einzutreten. Auf jeden Fall sind nun aber auch die Kollegen verpflichtet, dafür zu sorgen, daß unser Arbeitsnachweis gut besorgt wird, daß jede offene Stelle sofort unserem Vereinswirt Streicher angezeigt wird, damit sie von ihm eingetragene werden kann und den nachfragenden Kollegen zur Verfügung steht. Nimmt dann die Innung den Antrag nicht an, dann werden wir bestrebt sein, ihren sogenannten Arbeitsnachweis einfach noch mehr als bisher zu ignorieren, ihn ganz unwirksam zu machen.

Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit einer aufzunehmenden Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie über die Zugehörigkeit zu den einzelnen Krankenkassen. Da der Gesellenausschuß ersucht wurde, die Zugehörigkeit zu den Krankenkassen zu ermitteln, so wurde beschlossen, die Aufnahme gemeinsam zu machen und dazu die Funktionäre des Verbandes zu gebrauchen.

Die nächste Versammlung kann erst am 22. Oktober stattfinden, da am 8. Oktober eine

große Krankenkassenversammlung tagt, in der Genosse Gräf-Frankfurt ein Referat halten wird.

Die Kollegen werden nochmals auf diesem Wege ersucht, den gefassten Beschlüssen Rechnung zu tragen und eine regere Teilnahme an den Verbandsangelegenheiten an den Tag zu legen. Gerade jetzt ist die geeignetste Zeit dazu.

**Krefeld.** In einer außerordentlichen Generalversammlung erstattete Küsters den Bericht vom Gautage. Einleitend erklärte er, daß es nicht notwendig sei, einen ausführlichen Bericht zu geben, da die meisten Kollegen schon durch die Zeitung davon in Kenntnis gesetzt wären. Einige wichtige Punkte, wie Anträge und Referate, erläuterte er in kurzen Worten. Am Schluß ging seine Meinung dahin, daß die Abhaltung eines Gautages nutzlos wäre, denn es würden dort immer die alten Themas verhandelt.

Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich gegen die Abhaltung solcher Gautage aus, mit Ausnahme, wenn besondere Gründe vorlägen. Bauer spricht seinen Dank für den erstatteten Bericht aus und hält die Gautage doch von großem Nutzen.

Ueber den Antrag Annaberg-Buchholz fand ebenfalls eine rege Debatte statt. Man war doch allgemein der Meinung, daß dieser Antrag nicht zur Durchführung gelangt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Zahlstelle Krefeld stellt sich dem Antrage Annaberg-Buchholz zwar sympathisch gegenüber, ist jedoch der Ansicht, daß durch eine Urabstimmung die Beschlüsse des Verbandstages ignoriert werden; sie bezweifelt ferner, daß eine Majorität für Einführung eines Staffelbeitrages erzielt werden würde.“

Die Beitragsfrage rief ebenfalls eine rege Diskussion hervor. Sämtliche sich an der Diskussion beteiligenden Kollegen sprachen sich dahin aus, den Beitrag auf 50 Pf. festzusetzen.

Ein Antrag Göhler, den 50 Pf.-Beitrag versuchsweise auf ein halbes Jahr zu erheben, wurde angenommen.

Sodann beantragte Küsters den Ausschluß des Kollegen Sölter. Nach einer Debatte wurde der Ausschlußantrag zurückgestellt.

Da wir nun im Besitze des Protokolls vom Verbandstage sind, so konnte man sich eingehender über die Beschlüsse aussprechen. Das geschah auch in einer längeren Debatte, wobei man hauptsächlich die Hinterbliebenen-Unterstützung, die Sibirerlegung und Pensionierung Dietrichs besprach.

Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten besprochen, schloß unser Vorsitzender Bauer die imposante und ziemlich gut besuchte Versammlung.

**Ludenwalde.** Unsere Zahlstelle beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung mit der Frage, ob bei den erhöhten Verbandsbeiträgen der bisherige Lokalbeitrag weiter erhoben werden soll. Seiler referierte kurz die Beschlüsse des Dresdener Verbandstages in Bezug auf Beitragsleistung und Unterstützungsweisen und empfahl, den Lokalbeitrag weiter bestehen zu lassen. Er führte aus, daß die lokalen Bedürfnisse der Zahlstelle wachsen, es soll auch die Möglichkeit vorhanden sein, kranke Mitglieder eben unterstützen zu können, das Gewerkschaftskartell stelle infolge der Errichtung des Arbeitersekretariats erhöhte Ansprüche an die Gewerkschaften, indem der Kartellbeitrag von 5 auf 20 Pf. pro Kopf und Quartal erhöht worden sei. Das Fallenlassen des Lokalbeitrages würde einen Rückschritt bedeuten, eine Schwächung der lokalen Organisation. Die Kollegen Haberhorn, Gebler und Lehmann sprechen sich ebenfalls für Weitererhebung des Lokalbeitrages aus, letzterer meinte, als „Rassenmensch“ müsse er auf das dringendste bitten, den Lokalbeitrag beizubehalten, wenn nicht eine Lahmlegung der Zahlstelle erfolgen soll. Schließlich wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche von den männlichen Mitgliedern weiter zu erheben.

Im Bericht vom Gewerkschaftskartell wurde nachdrücklich auf Seiler darauf hingewiesen, daß die Barbier eine Lohnbewegung planen und es Aufgabe aller organisierten Arbeiter ist, sich nur von solchen Gehilfen bedienen zu lassen, welche

organisiert sind und den Minimallohn von 8 Mk. nebst freier Station erhalten. (Hiermit sei dies den Luckenwalder Kollegen nochmals ans Herz gelegt.)

Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, in der „Buchb.-Ztg.“ den Minimallohn auf 10 Mk. festzusetzen.

Das am 10. September abgehaltene Stiftungsfest hat mit einem Defizit von 12 Mk. abgeschlossen. Schuld daran ist die sehr flauere Beteiligung der Mitglieder. Die Versammlung erfreute sich eines ziemlich guten Besuches, zu wünschen ist, daß es dabei bleibt.

**Mainz.** Es müssen schon mehr oder weniger große Ereignisse sein, wenn einmal etwas von der Zahlstelle Mainz in die „Buchbinder-Zeitung“ kommt. Und ein solches ist auch diesmal die Veranlassung zu diesem Bericht. In dessen dürfte eine Schilderung der Tätigkeit der Zahlstelle innerhalb der vergangenen Monate wohl am Platze sein. An Arbeit fehlt es bekanntlich nie und so hatte man denn auch in Mainz stets vollauf zu tun. Während des 1. Quartals war die Zahlstelle u. a. in intensiver Weise mit den Verhandlungen zum Gantage in Darmstadt beschäftigt. Das 2. Quartal brachte uns Material in Fülle für den verflochtenen Verbandstag, über dessen Inhalt und Verlauf uns der Delegierte und Gauvorsitzende Getrost in dankenswerter Ausführlichkeit berichtete.

Am Sonntag, den 25. September, stattete der neue Verbandsvorsitzende Kloth der Zahlstelle Mainz einen Besuch ab, welche selten günstige Gelegenheit wir benutzten, um eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in der Kloth über das Thema: „Der deutsche Buchbinder-Verband und seine Bedeutung für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ sprach. Trotz der Kürze der verfügbaren Zeit wurden alle Gebel in Bewegung gesetzt, um auch die fernstehenden Kollegen zum Besuche dieser Versammlung zu veranlassen. Leider war der Erfolg nach dieser Seite hin gleich Null. Dagegen leisteten eine größere Anzahl Kolleginnen dem Rufe Folge.

Unser Vorsitzende Zmhof hieß sowohl den Verbandsvorsitzenden Kloth als auch die Erschienenen herzlich willkommen. Hierauf ergriff Kloth das Wort und wies in ca. einstündiger Rede auf den Wert und die Ziele des Buchbinderverbandes hin. Er verbreitete sich ferner über die Verhandlungen und das Ergebnis des diesjährigen Verbandstages. Wenn auch die Wünsche der Kollegenschaft nicht in allen Teilen erfüllt worden seien, so dürfe doch nicht verkantet werden, daß das Resultat des Verbandstages immerhin einen großen Fortschritt bedeute. Besonders hervorgehoben zu werden verdiene die Anstellung besoldeter Bezirksleiter, von deren Tätigkeit zugunsten des Verbandes sich der Redner sehr viel verspricht. Schließlich gibt er der Hoffnung Raum, daß es auch der Zahlstelle Mainz vergönnt sein möge, bei anhaltender Tätigkeit und Ausdauer in die Lage zu kommen, günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich zu erringen und versichert sie der materiellen und moralischen Unterstützung durch den Verbandsvorstand.

Die Ausführungen des Redners wurden von den Anwesenden sehr beifällig aufgenommen und an der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Zmhof und Werf, welcher letzterer namentlich die anwesenden Kolleginnen aufforderte, sich dem Verbands anzuschließen. Am Schlusse der gut verlaufenen Versammlung ließen sich denn auch eine Anzahl Kolleginnen in den Verband aufnehmen, und können wir sonach mit Genugtuung feststellen, daß das Ergebnis dieser Versammlung für die Zahlstelle Mainz ein Ereignis von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit bedeutet.

**München.** In unserer am 24. September stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung, welche einen ausnahmsweisen guten Besuch aufwies — ca. 120 Personen waren erschienen —, wurde zunächst die Erhöhung des Lokalbeitrages besprochen. **W i n n e r** wies darauf hin, daß wir, um nicht mit einem größeren Defizit abzuschließen, unbedingt die bisherige Lokalsteuer beibehalten müssen. Er empfiehlt den Antrag Schuhmacher, welcher 10 Pf. Lokalbeitrag

unter Hintwegfall der Arbeitersekretariatsmarken erheben will, was gegen früher eine Erhöhung von 2% Pf. pro Woche bedeutet. Der Uberschuß, der hieraus entsteht, könnte späterhin einmal durch Einführung einer Lokalunterstützung verwendet werden. Mit den Worten, nur durch hohe Beiträge kommen wir vorwärts und können wir dem Unternehmertum entgegenzutreten, schloß er seine Ausführungen.

In der Diskussion, welche erfreulicherweise eine sehr ausgiebige war, wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß wir durch diese Erhöhung einen Rückgang der Mitgliederzahl erleiden würden. Einige Redner führten Fälle aus ihren Geschäften an, wie schwer es schon bei dem jetzigen Beitrag sei, die Mitglieder zu halten. Demgegenüber stellten einige Redner fest, daß es sehr gut möglich ist, wenn man will, diese 2% Pf. in der Woche mehr zu leisten, wenn man betrachtet, was oft unüßig ausgegeben wird. Man braucht jetzt nur einmal zum Oktoberfest zu gehen, um den besten Beweis dafür zu haben. Nachdem ein Antrag, auch die weiblichen Mitglieder mit 5 Pf. Lokalbeitrag zu belasten und für die männlichen die alten Sätze beizubehalten, keine Anerkennung fand, wurde der Antrag Schuhmacher mit 72 gegen 15 Stimmen angenommen. Demnach beträgt für männliche Mitglieder ab 1. Oktober der wöchentliche Lokalbeitrag 10 Pf.

Hierauf gibt der Vorsitzende Thalheim im Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder die Erklärung ab, daß auf Grund der in letzter Versammlung gemachten Vorwürfe, sie hätten für den Verband bisher noch nichts geleistet, sie ihre Ämter nicht mehr weiter behalten können. Er bittet die Versammlung, tüchtigere Kräfte an ihre Stelle zu wählen. Das Bestreben des Vorstandes war es, stets das Beste für die Zahlstelle zu leisten.

Nach langer Diskussion, in der eine ganze Reihe Kollegen dafür gesprochen, der Vorstand möge seine Ämter weiter verwalten, wurde in ziemlich vorgerückter Zeit zur Neuwahl geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde Thalheim, als Kassierer Hönig wiedergewählt. Diefelben erklären nur aus Rücksicht auf die neu in Kraft tretenden Statuten, ihre Ämter noch weiter zu führen, jedoch auch nur für dieses Jahr. Bergmann erklärt, daß er gegen die Wahl Protest einlegen werde, nachdem nur ca. 40 Kollegen anwesend seien, und bezweifelt die Kompetenz dieser wenigen Kollegen, die Vorstandswahl vornehmen zu können. Darauf legten Thalheim und Hönig wieder ihre Ämter nieder und erfolgte Schluß der mitunter sehr erregten Versammlung.

**Schw.-Gmünd.** Vergangenen Sonnabend, den 1. Oktober, hielten die hiesigen Kollegen eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher die Gründung einer Zahlstelle beschlossen wurde. Gauvorsitzender **B ö t t c h e r** besprach in schwingvoller Rede Zweck und Nutzen des Verbandes; namentlich verwies er auf die Erfolge, die die Kollegen in dem benachbarten Stuttgart erreicht haben. Dieses Ziel zu erreichen, müsse auch das Bestreben der Zahlstelle sein, doch sei dies nur möglich durch festen Zusammenschluß, der aber nicht bloß ein vorübergehender sein soll, sondern ein dauernder. Vorsitzender **G o l l** schilderte die Ursachen, an welchen die frühere Zahlstelle vor vier Jahren zugrunde ging. Unlautere Elemente führten durch Geheerereien zur Schwächung der Zahlstelle, die sich dann durch einen Gewaltakt des damaligen Kassierers Hamm vollständig auflöste. Da diese Personen nicht mehr am Platze sind, auch sämtliche Mitglieder mit Eifer für die Sache befeuert sind, so ist der Bestand der Zahlstelle gesichert. Von der Versammlung wurde der Antrag der Zahlstelle Amberg, Einführung von Massenbeiträgen, einstimmig abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, in die Agitation kräftig einzutreten. Der Mitgliederbestand ist 16.

**Stuttgart.** Auf mehrfachen Wunsch bringen wir noch nachträglich die in der Versammlung vom 19. September — in der Kloth referierte — abgelehnte Resolution zum Ausdruck:

„Die heutige Verbandsversammlung kann auch nach Anhörung des Referats des Kollegen Kloth über das Thema „Der Dresdener Verbandstag und seine Kritiker“ zu keiner anderen

Auffassung über die Verbandstagsbeschlüsse gelangen, als sie in der Bekannten Resolution niedergelegt sind. Nach wie vor bemängelt sie die Hinausschiebung der Invalidentunterstützung und insbesondere die Sitzverlegung, für die immer noch keine triftigen Gründe mitgeteilt wurden, selbst von Kloth nicht.

Die Stuttgarter Zahlstelle wird aber auch unter den neuen Verhältnissen trachten, ihren Platz unter den ersten Verbandsorten zu behaupten.“

**Wiesbaden.** In unserer am Sonnabend, den 24. Sept. abgehaltenen öffentlichen Versammlung, wozu sämtliche am Orte unorganisierte Kollegen eingeladen waren, referierte unser neuer Verbandsvorsitzender Kloth über: „Der Deutsche Buchbinderverband und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch denselben.“ Kloth verstand es, der gutbesuchten Versammlung klarzulegen, wie sich der Verband aus den kleinsten Anfängen entwickelt hat bis zu seiner jetzigen Größe; er ging ferner auf die Leistungen des Verbandes näher ein. Im weiteren führte er aus, daß nur durch straffe Organisation unsere Lage verbessert werden könnte. Referent tritt dafür ein, daß für die kleineren Städte und solche, wo die Arbeitsverhältnisse noch auf niedrigerer Stufe stehen, unbedingt mehr getan werden müsse zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die betreffenden Zahlstellen müßten bei geeigneter Zeit in eine Lohnbewegung eintreten, um so zur Besserung der Lebensbedingungen einen Druck auszuüben, denn ohne Kampf kein Sieg. Zum Schluß weist Kloth darauf hin, daß diese Arbeit nicht bloß Sache der leitenden Personen sei, sondern daß jeder einzelne Kollege bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Wohl der Allgemeinheit tatkräftig mitwirken müsse.

In der Diskussion wurden die anwesenden, meist hiesigen unorganisierten Kollegen aufgefordert, sich dem Verband anzuschließen und den Nutzen und Zweck der Organisation kennen zu lernen, denn die einheimischen Mutterjöhndchen seien meist schuld an den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Städten. Hierauf ließen sich 5 Kollegen aufnehmen. Nachdem diese ermahnt, treue Mitglieder zu bleiben, wurde die Versammlung geschlossen.

### Vom Ausland.

Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften hat in der jüngsten Zeit den Anschluß einer Reihe von Gewerkschaftsorganisationen zu bezeichnen, und zwar folgende: Fachverband der Frauen, den schwedischen Guttmacherverband, den internationalen lithographischen Verband, den schwedischen Textilarbeiterverband, sowie den Fachverein der Bildhauer in Stockholm.

Der Verband der Handschuhmacherinnen schließt sich am 1. Januar 1905 dem Handschuhmacherverbande an, der schon der Landesorganisation angehört. Die Mitgliederzahl der Landesorganisation ist damit auf 55 549 gestiegen, und von den 35 bestehenden Centralverbänden sind 29 angeschlossen. Von den sechs außerhalb stehenden Verbänden dürfte der Anschluß nur noch eine Frage der Zeit sein. So darf man annehmen, daß die Metallarbeiter, die eine Urabstimmung beschlossen haben, jetzt endlich den Anschluß vollziehen werden. Auch die Buchdrucker haben eine diesbezügliche Urabstimmung beschlossen. E. W.

### Briefkasten.

E. B. in B.: Das Adressenverzeichnis wird in nächster Zeit erscheinen.

Mehrere Berichte und Zusendungen mußten zurückgestellt werden; die Einsender derselben müssen des Umzuges wegen einige Rücksicht walten lassen.

### Adressenänderungen.

**Certliche Bevollmächtigte:**

**Barmen.** J. Dummerborn, Sternapoststr. 17.

**Rußla.** C. Storch, Karl Alexanderstr. 8.

**Unterstützungsauszahler:**

**Bremen.** Z.-A. E. Drögemüller, Kreuzstr. 65a von 1—1 $\frac{1}{2}$  und 7—7 $\frac{1}{2}$  Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr. L.-U. Ml. 20 Mk. Az. 9 Std. H. „Zur deutschen Einigkeit“, Kurze Wahlstr.

**Gau XIII.**

Auf Antrag Grünstadt berufen wir hiermit auf Sonntag, den 21. Oktober, in die Restauration zur Bergstraße 8. 4. 7--9 in Mannheim einen

**Gautag**

- ein mit folgender Tagesordnung:
- 1. Bericht des Gauvorstandes.
- 2. Bericht der Zahlstellen der Vertrauensleute.
- 3. Agitation.
- 4. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gau und wie verbessern wir dieselben.
- 5. Spezielle Anträge und Wünsche der Mitglieder.

Anträge zu Punkt 5 der Tagesordnung müssen bis 17. Oktober in Händen des Gau Bevollmächtigten sein, wenn solche zur Verhandlung kommen sollen. Alles andere wird durch Zirkulare bekannt gegeben.

Der Gauvorstand.

**Gau XVI.**

Der unterzeichnete Gauvorstand beruft auf Sonntag, den 16. Oktober, früh 9 Uhr, nach Nürnberg im Restaurant „Zur Wartburg“, am Weinmarkt, den III. Gautag ein.

**Tagesordnung:**

- 1. Bericht des Gauvorstandes.
- 2. Agitation im Gau. Ref.: Koll. Dürr.
- 3. Anträge aus den Zahlstellen.
- 4. Verschiedenes.

Mit kollegialem Gruß

Der Gauvorstand.

J. A.: K. Reckling.

**Anzeigenteil.**

**Unlieb verspätet!**

Unserem lieben Kollegen und bisherigen Vertrauensmann **Franz Luft** zu seiner Abreise nach Eisenberg ein [1,-]

**herzliches Lebewohl!**

Die organisierten Stuarbeiter Berlins. [000]

Den Kollegen

**Victor Winckler** und **Gustav Brätt** ein

**Herzliches Lebewohl!**

Die Kollegen der Zahlstelle Mez. [0,80]

Unsern lieben Kollegen **Wilhelm Ott** mit Fräulein **Miez** und **Robert Köhler** mit Fräulein **Reinsberg** zu ihrer Vermählung die [1,50]

**herzlichsten Glückwünsche**

und ein

**dreifach donnerndes Hoch.**

Die Stammgäste vom Weltrestaurant [000]

**A. Heinsonn**, Berlin, Adalbertstr. 26.

Unsern lieben Kollegen

**Fritz Butz**

bei seinem Einzug zum Militär ein

**Herzliches Lebewohl!**

La hr den 12. 10. 04.

Die Kollegen [0,80]

**K. Weninger**, **W. Haller**, **H. Haupt**, **I. Berne**, **A. Hochensjos.**

**Unliebsam verspätet.**

Unsern lieben Freunde und Kollegen

**Fritz Sauerteig**

sowie seiner lieben Braut

**Ida Kulow**

zu ihrer Vermählung die

**Herzlichsten Glückwünsche.**

Die Kollegen [0,80]

**A. Kaszubowski**, **H. Schulz**-Berlin.

**Fleischer**, 18 Jahre alter

**Buchbindergehilfe**

sucht Stellung für Kundenarbeit in kleinerer Buchbinderei. [000]

**Eilenburg**, postlagernd unter **E. F.** [0,40]

**Tücht. Stumacher u. -Tischler**

auf **Gold- und Silberwaren** sucht **Dembinski**, [1,20]  
[000] Berlin, Innenstr. 8.

**Junger, anständiger**

**Buchbinder** [1,20]

welcher in Lager- und Büro-Kartons bewandert ist, findet dauernde Stellung.

**G. Hüfner**, Kartonagenfabrik, Montigny Mez.

Unsern lieben Kollegen [0,70]

**E. Kloth**

zu seiner Ueberfiedelung nach Berlin ein

**Herzliches Lebewohl**

und ferneres Wohlergehen im neuen Wirkungskreise. [000] Die Leipziger.

Zum sofortigen Eintritt gesucht

**1 jüngerer Buchbinder**

für Partic- und Sortimentsarbeiten, sowie

**1 älterer Buchbinder**

militärfrei, der in allen bei der Herstellung von Geschäftsbüchern vorkommenden Arbeiten (Marmorierung, Vergolden) gut eingearbeitet ist.

**Otto Riese**, Buchbinderei und Geschäftsbücherfabrik, [2,00]  
[000] Saalfeld, Halle.

**Das**

**Protokoll vom Verbandstag**

ist erschienen. — Preis für Mitglieder von den Bevollmächtigten bezogen 10 Pf., bei Einzelbezug vom Verbandsbureau 20 Pf. Für Nichtmitglieder 50 Pf. Ein grösserer Vorrat ist noch vorhanden.

**Berlin.**

Um die Zahlstellen im Bureau zu entlasten, werden die Kollegen und Kolleginnen ersucht, folgende Zahlstellen mehr zu benützen:

1. Labowitz, SW., Kommandantenstr. 65.
2. Wählich, SO., Adalbertstr. 4.
3. Sene, SW., Friedrichstr. 34.
4. Kunte, W., Bülowstr. 59.
5. Krause, N., Müllerstr. 7a.
6. Schünemann, C., Stein- und Gormannstr.-Ecke.
7. Schulze, O., Blumenstr. 38.
8. Belter, Neue Königstr. 60.
9. Luge, Rixdorf, Wischmannstr. 10.
10. Manzh, Dresdenerstr. 18.
11. Gasse, SO., Eisenbahnstr. 20.
12. Abendroth N., Bafstr. 42.
13. Pätzsche, S., Gräferstr. 31.
14. Manzh, Dresdenerstr. 18.
15. Bathe, Ritterstr. 32.
16. Beltner, Schöneberg, Gotthenstr. 51.
17. Schemin, Sebastianstr.

In diesen Zahlstellen nehmen die Wirte die Beiträge und Aufnahmen jederzeit entgegen. Die Ortsverwaltung.

**„ Zahlstelle Hannover .. ”**

Sonnabend, den 15. Oktober 1904

**Herbst-Vergnügen**

im grossen Saale des Arbeiter-Vereins (Am Marstall 3).

Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Eintritt 15 Pfg.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen [000] Der Vorstand. [1,80]

**Zahlstelle Hamburg.**

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 9 Uhr, bei **E. Stange**, Zeughausmarkt 31

**Mitglieder-Verammlung.**

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. [1,10]

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. [000] Der Vorstand.

Wir suchen eine absolut perfekte

**Zählerin** [1,20]

die mit Erfolg in andern Kunstanstalten tätig war.

„**Graphia**“ Kunstausfalt, [000] München, Nymphenburgerstr. 125.

**Zahlstelle Königsberg i. Pr.**

Da die hiesige Zahlstelle eine Bibliothek errichtet hat, unsere Mittel aber vor der Hand noch nicht ausreichend sind, um Neubeschaffungen entsprechender Werke zu machen, so wenden wir uns an die Zahlstellen, die sich in der Lage befinden doppelte Werke zu besitzen, mit dem freundlichen Ersuchen, dieselben uns überweisen zu wollen. Eventuelle Sendungen bitte zu richten an [0,80]

**M. Neumann**, Vorsitzender, Bauernhofgasse 2, 1.

**Bekanntmachung.**

Allen Buchbindergehilfen von Berlin und Umgegend zur Nachricht, daß ich vom 1. Oktober ab wieder die

**Marmorierkurse**

eröffne. Mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß ich jedem Teilnehmer einen Marmorapparat zur Verfügung stelle, so daß ein Mißerfolg des Marmorierens ausgeschlossen ist. Anmeldungen nimmt zu jeder Zeit entgegen

**Max Busch**

Marmorier [2,00]  
[000] Berlin SO., Cuvrystr. 30, vorn 1 Tr.

**Buchbinder-Männerchor Stuttgart**

Sonntag den 9. Oktober 1904:

**32. Stiftungsfest**

Bestehend in

**KONZERT und BALL**

im Festsaal des **Gewerkschaftshauses**, Eßlingerstr. 19 unter gütiger Mitwirkung hervorragender Solisten, sowie des **Stuttgarter Konzerts-Orgelers**, Direktion Herr **G. Maile**. — Chordirektion Herr **J. Wengert**. Anfang nach 3 Uhr. Beginn des Balles 8 Uhr. Programme im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Die berechnlichen passiven wie aktiven Mitglieder, sowie Gönner des Vereins ladet höflichst ein

Der Vorstand.

Programme sind bei allen Sängern zu haben. [4,60]

Stimmbegabte Kollegen werden jederzeit in der Singstunde: je Dienstag abends im Gewerkschaftshaus (Sängersaal), Eßlingerstraße, aufgenommen. Auch solche Kollegen, die das Interesse am Verein durch ihren Beitritt befunden wollen, sind höflichst eingeladen.

**Über 40 Millionen**

Stück meiner bestobten Kabrikate wurden lt. Wücher schon verkauft! Der beste Beweis meiner Verlässigkeitsfähigkeit! Kaufende Anerkennungen. Garantie: Umtausch oder Geld zurück! Daher kein Pfennig Risiko! Wie Kautschuk erobert hat sich meine beliebte Spezialität „Havannilos“, 500 Stück nur 7 Mark, 1000 Stück nur 13 Mark frei ins Haus gegen Nachnahme.

Bitte zu bestellen bei:

**Rud. Tresp, Zigarrenfabrik Neustadt bei Danzig.**

**Leipzig.** Gerichts- **Schüttel = Hof** Gerichts- weg 14. weg 14.

Empfehle mein Restaurant zur gefl. Benutzung. **Naumannsches Lagerbier** — **Bärenbräu** — **Döllnitzer Gose** — **Spesen zu jeder Tageszeit.** [000] **Chr. Koch.** [2,00]